Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Rendolik. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 29

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 6.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme des Sonn- und Feiertages. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 228. Donnerstag, den 29. September 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die wirtschaftlichen Sanktionen werden mit Wirkung vom 30. September aufgehoben.

Nach den Berichten der Interalliierten Kontrollkommission ist die Zerstörung der von Deutschland ausgelieferten Waffen so gut wie beendet.

•

Unter Wilsons Einfluß ist der Widerstand der Demokraten gegen die Friedensverträge Amerikas mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn erheblich versteift worden, ohne daß man bisher zu befürchten brauchte, daß sie zu Fall gebracht werden.

•

Die nicht offiziell, aber von bekannten englischen Finanzmännern nach London für Anfang Dezember einzuberufende Währungskonferenz hat Einladungen auch an Deutschland gerichtet.

•

Der Dollar ist an der Berliner Börse zeitweise bis 130 gestiegen.

Sind Weltkriege noch möglich?

Gutachten des Generals Hoffmann für die amerikanische Abrüstungs-Konferenz.

Der Newyork Herald, die Zeitung des Präsidenten Hardi g, hat den deutschen General Hoffmann um ein Gutachten zu den Fragen der Abrüstungs-Konferenz ersucht. Der deutsche Feldherr hat sich gegenüber dem Berliner Vertreter des Newyork Herald, Major Griffith, folgendermaßen geäußert:

Es ist eine hohe Aufgabe der Menschheit, die Kriege zwischen den Völkern einzuschränken. Ich glaube aber nicht, daß diese Aufgabe durch die Bildung von Schiedsgerichten zu lösen ist, die über den Staaten stehen sollen. Eine wesentliche Eigenschaft jedes Gerichtes muß die Unparteilichkeit sein. Internationale Streitigkeiten von auch nur einigermaßen weittragender Bedeutung berühren aber immer die Interessen aller Großmächte mehr oder weniger. Werden daher solche Streitfragen einem aus der Gesamtheit der Nationen gebildeten Schiedsgericht vorgelegt, dann kann ein unparteiischer Spruch um so weniger erwartet werden, je bedeutungsvoller die Frage ist, um die es sich hier handelt. Kein Volk der Welt aber wird sich in irgendeiner Frage, die seinen Lebensnerv berührt, dem Richterspruch von Staaten fügen, deren Urteil gar nicht unparteiisch sein kann, ohne daß es versucht, Berufung mit den Waffen einzulegen. Jedes Gericht muß ferner als zweite wesentliche Eigenschaft Macht genug haben, um nötigenfalls die Ausführung seiner Urteile mit Gewalt durchzusetzen. Ein Schiedsgericht über den Nationen müßte daher in der Lage sein, seine Urteile letzten Endes durch Gewalt zu vollstrecken. Eigentlich müßte also das überstaatliche Schiedsgericht allein über die Waffengewalt verfügen können, und die einzelnen Staaten müßten vollkommen abrüsten. Mindestens aber müßte das Heer und die Flotte, die dem überstaatlichen Schiedsgericht zur Verfügung stehen, stärker sein, als Heer und Flotte jedes einzelnen Staates. Eine solche internationale Verfassung wird sich aber kaum jemals erreichen lassen. Außerdem könnte ein aus der Gesamtheit der Nationen zusammengefügtes Gericht sein Heer und seine Flottenbesatzung nur aus den Angehörigen dieser Nationen bilden. Wären aber einzelne dieser Nationen zu irgendeiner Zeit nicht mehr gewillt, sich den Entscheidungen des überstaatlichen Gerichts zu unterwerfen, dann würden die Staatsangehörigen dieser Nationen im Heer und in der Flottenbesatzung des überstaatlichen Gerichts sehr wahrscheinlich dessen Befehlen den Gehorsam verweigern und den Anweisungen ihrer eigenen Regierungen folgen. Damit aber wäre an Stelle der internationalen Entscheidung durch Richterspruch wiederum die Entscheidung durch Waffengewalt, also der Krieg, getreten.

Es ist nach meiner Ansicht nur dadurch möglich, die Kriege einzuschränken, wenn es gelingt

die Interessendifferenzen zwischen den Völkern, die die Ursache der Kriege sind, zu beseitigen.

Im Jahre 1866 kämpften Preußen und Bayern gegeneinander. Das Bündnis zwischen diesen beiden Staaten, die Bismarck vereint mit anderen deutschen Staaten in dem Deutschen Reiche zusammenfügte, beseitigte sorgfältiger, als es im menschlichen Vermögen lag, die Interessendifferenzen zwischen Preußen und Bayern und schuf darüber hinaus starke gleichlaufende Interessen beider Staaten. Es ist daher die Gefahr eines Krieges zwischen Preußen und Bayern niemals wieder auch nur im entferntesten aufgetaucht, solange die Bismarck'sche Verfassung des Deutschen Reiches bestanden hat. Da nun die Mehrzahl der großen Kriege zwischen den Völkern des europäischen Kontinents geführt worden sind, wäre es, wenn zukünftige Kriege eingeschränkt werden sollen, vor allem notwendig, die Interessendifferenzen der europäischen Großmächte zu beseitigen und starke gleichlaufende Interessen dieser Großmächte zu schaffen. Das scheint mir durch wirtschaftliche Maßnahmen erreichbar, unter denen Arnold Rechbergs Pläne einer Interessenverflechtung zwischen den europäischen Industrien besonders geeignet sein sollten, einen Zusammenschluß der europäischen Großmächte herbeizuführen. Je mehr dann die einmal verflochtenen wirtschaftlichen Interessen der europäischen Völker zusammenwüchsen, um so unmöglicher würden Kriege der europäischen Großmächte gegeneinander und damit wären deren finanziell so drückende Kriegsrüstungen in weitem Umfange überflüssig. Allerdings wird eine solche Entwicklung in Europa durch die russische Frage vorläufig unmöglich gemacht. Die Sowjetregierung in Moskau beabsichtigt, mit Wort und Schwert die Weltrevolution gegen Westen zu tragen. Der Entscheidungskampf zwischen den Tyrannen, die die Millionen des russischen Volkes zu Sklaven gemacht haben, und der Kultur Europas steht noch bevor. Erst wenn die Kulturvölker Europas

die Gewalthaber in Moskau gestürzt

hätten, deren Herrschaft jede Wiedereinfügung des russischen Wirtschaftsgebietes in den Kreislauf der Weltwirtschaft ausschließt, um danach in gemeinsamer Arbeit den Wiederaufbau des befreiten Rußlands in Angriff zu nehmen, erst dann würde ein auf wirtschaftlicher Interessen-Gemeinschaft beruhender Zusammenschluß der europäischen Großmächte hinreichend gesichert sein, um die Militärmacht dieser Großmächte auf das Mindestmaß herabzusetzen, das für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich bleibt. Der europäische Kontinent würde durch eine solche Entwicklung den Vereinigten Staaten von Amerika ähnlich, zwischen denen kriegerische Verwicklungen ganz undenkbar scheinen. Ein derartiger Zusammenschluß der europäischen Großmächte könnte in keinem Falle zu einer militärischen Gefahr für die Vereinigten Staaten von Amerika oder für den amerikanischen Kontinent überhaupt werden. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß die europäischen Großmächte ein modernes Millionenheer auf dem amerikanischen Kontinent landen und dessen Nachschub über den weiten Ozean hinüber durchführen könnten. Ebenso unmöglich ist es, daß die Vereinigten Staaten von Amerika oder irgendeine andere amerikanische Koalition die zusammengeschlossenen Großmächte Europas auf dem europäischen Kontinent bekämpfen könnten. In einer Verwirklichung des Gedankens, die europäischen Großmächte auf der Grundlage wirtschaftlicher Interessenverflechtung zusammenzuschließen, das russische Volk, das sich selbst nicht mehr befreien kann, durch die vereinigte Waffengewalt der europäischen Großmächte von der Sowjetregierung zu erlösen und Rußland danach in gemeinsamer Arbeit der europäischen Völker und mit der finanziellen Hilfe der Vereinigten Staaten wiederaufbauen, sehe ich die einzige Möglichkeit, die Gefahr künftiger Kriege soweit zu beschränken, wie das dem menschlichen Vermögen erreichbar scheint.

gez. General Hoffmann.

Die Kredithilfe der Industrie.

Rathenau über Finanzierung und Organisation der Sachleistungen.

Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde gestern vormittag in München durch den Vorsitzenden Dr.-Ing. Sorge eröffnet. Er erklärte die Bereitwilligkeit der Industrie, ihre ausländischen Kredite zugunsten des Reiches nutzbar zu machen, unter der Voraussetzung, daß sich an der Aktion die Landwirtschaft, die Bankwelt und der Handel beteiligen, und daß die Regierung ihrerseits alles tut, um das Risiko der Zerstörung des letzten Restes unserer Wirtschaft zu verringern. Nach Ansprachen des Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld, des Bürgermeisters von München, der besonders die Treue Bayerns zum Reiche hervorhob, übermittelte Wiederaufbauminister Dr. Rathenau die Grüße der Reichsregierung und mit ihnen die Anerkennung der von der Industrie geleisteten Dienste. Er hoffe, daß sich im Zusammenhang mit den schwebenden Verhandlungen über die Verbreiterung der Regierungsbasis eine intensivere Beteiligung der Industriekreise an der Führung der Regierungsgeschäfte durchführen lasse. Rathenau erklärte dann mit Bezug auf unsere Reparationsleistungen, hier bestehe nicht nur eine physische, sondern auch eine ethische Grenze, und zwar aus der Bewegung heraus, wie weit man es verantworten könne, daß durch Zumutung irgendwelcher Leistung das Volk in Not gerate. Ueber die Rede Churchills in Dundee drückte er seine Freude aus, besonders über den Plan, eine Kooperation der zivilisierten Völker in der Form eines Kongresses zu schaffen. Die Art der bisherigen verträglichen Formulierung brachte auf seiten der Entente eine merkliche Enttäuschung. Man brauche dabei nur an unsere Reparationsfonds zu denken, mit denen die Entente nicht viel anfangen könne. Der neuerliche Sturz unserer Währung habe die Unmöglichkeit bewiesen, unsere Reparationsverpflichtungen lediglich durch Devisen abzulösen. Das Problem sei der Ersatz von Geld- durch Sachleistungen. Bei den Verhandlungen mit Frankreich über die Sachleistungen handelt es sich um Leistungen in Höhe von 7 Milliarden im Laufe von 4½ Jahren. Die Lieferungen sollen von einer privaten Organisation ausgehen, die aber keine Kriegsgesellschaft, keine Kriegswirtschaft und keine Reparationswirtschaft darstellen soll. Sogleich nach der Ratifizierung der Verträge durch Frankreich hoffe er die notwendige Organisation auf die Beine stellen zu können. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

•

Rathenaus Pläne gescheitert?

Die Reparationskommission hat am Dienstag, wie Havas zu wissen glaubt, beschlossen, die Beratungen über die ihr zugegangenen Vereinbarungen zwischen Loucheur und Rathenau über die Sachlieferungen auf später zu verschieben.

England gegen Rathenaus Abmachungen.

Matin erklärt, die Frage der Prüfung des Wiesbadener Abkommens solle in der Reparationskommission erst wieder aufgenommen werden, wenn sie spruchreif sei. Nach l'Oeuvre soll das Abkommen noch unvollständig sein; man habe vieles nur provisorisch behandelt und noch nicht erledigt und warte eine neue Begegnung der Minister ab. Unter diesen Umständen habe die Reparationskommission geglaubt, daß sie noch nicht die erforderlichen Unterlagen für eine Entscheidung besitze. Neuvelle sagt, man nehme an, daß man bis zur neuen Zusammenkunft der Minister imstande sein werde, die offenkundige Feindseligkeit gewisser Alliierter gegen das Abkommen zu entwaffnen. Tatsächlich widersetze sich England gewissen Klauseln, und Belgien mache gewisse Vorbehalte. Nur Italien, das ja inzwischen auch ein Abkommen mit Deutschland getroffen habe, zeigte sich geneigt, das Abkommen von Wiesbaden zu ratifizieren.

Die Goldbeschaffung durch Auslandskredite.

Die Beratungen über den von der deutschen Industrie vorgeschlagenen Plan zur Beschaffung der Reparationssummen nehmen, wie eine Berliner Korrespondenz erfährt, ihren Fortgang. Der Reichskanzler hat, wie berichtet, nunmehr auch mit den Vertretern der Landwirtschaft, die ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt haben, verhandelt. Für die Landwirtschaft, die bekanntlich außerordentlich hohe Werte produziert, am Auslandsverkehr aber gar nicht beteiligt ist, und infolgedessen fremde Devisen nicht besitzt, kommt natürlich nur eine innerwirtschaftliche Haftpflicht in Betracht. Diese Frage der inneren Haftung für Zinszahlung und Amortisation (die natürlich nicht nur die Landwirtschaft angeht) ist von außerordentlicher Bedeutung. Wenn es nämlich gelingt, Auslandskredite von einiger Höhe zu erhalten, wird dies wahrscheinlich nur dadurch möglich sein, daß die besten deutschen Firmen nach außen hin die Bürgschaft für den Kredit übernehmen. Bei einer solchen Bürgschaft haftet der Kredittempfänger natürlich mit allem, was er hat, d. h. also, mit der Substanz seines ganzen Werkes. Diese außerordentlichen Verpflichtungen nach außen, die nur wenige übernehmen, müssen innerwirtschaftlich natürlich durch weitgehende Rückendeckungen gesichert sein. Hierfür brauchbare Formen zu finden, das ist die Frage, um die sich die Beratungen in der Hauptsache drehen. Sie muß gelöst werden, bevor man an den Versuch, Auslandskredite zu erhalten, ernstlich herantritt.

Die Auffassungen über die Möglichkeit, mehrere Milliarden Goldmark im Ausland auf Grund der Bürgschaft der ganzen deutschen Wirtschaft zu erhalten, gehen weit auseinander. Wie wir erfahren, denkt man in den Kreisen der Bankwelt wesentlich skeptischer darüber, als in denen der Industrie. Inzwischen ist man im Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats mit der Beratung des Organisationsplanes zu diesem Projekt soweit gekommen, daß intime Besprechungen mit der Regierung stattfinden können. Sie sollen in dieser Woche vor sich gehen, so daß man im Laufe der nächsten Wochen mit der Vorlegung eines definitiven Vorschlages an den Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats rechnet. Wenn der Reparationsausschuß dann den von seinem Unterausschuß ausgearbeiteten Plan annimmt, würde in seiner Plenarsitzung der Reichswirtschaftsrat die aufgeschobene Entscheidung über die ganzen Steuerfragen sowohl wie auch über diesen Kreditplan zu fällen haben.

Kleine politische Meldungen.

Die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben. Ministerpräsident Briand als Vorsitzender des Obersten Rates hat dem deutschen Botschafter Dr. Mayer eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß die wirtschaftlichen Sanktionen mit Wirkung vom 30. September aufgehoben werden. (Die Ueberreichung dieser Note des Obersten Rates scheint ein Beweis dafür, daß Frankreich Genugtuung erhalten hat in bezug auf die Rechte der Kontrollkommission, die damit beauftragt wird, die Ein- und Ausfuhrgenehmigungen im Rheinland zu regulieren.)

Der Münchener Polizeipräsident Pöhner ist zurückgetreten. Er erklärte, daß die Verhältnisse es noch nicht gestattet hätten, die bewährten Bestimmungen des Ausnahmerechtes preiszugeben, zumal für die nächsten Monate die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens bevorständen. Unter diesen Umständen sei er außerstande, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen, und habe um Enthebung von seinem Amt gebeten. (Mehr noch als Kahr und der Ju-